

WEIBLICH. POLITISCH. STEIRISCH.

›EINE ANREGUNG FÜR UND VON FRAUEN IN DER POLITIK‹

Eine Initiative des Landes Steiermark
zur Förderung der Gleichstellung
von Frauen und Männern.

INHALT

03 Vorwort

05 KAPITEL 1 ›FRAUEN AN DER SPITZE‹

06 ›Frauen leisten Großartiges‹
Interview mit Landesrätin Ursula Lackner

10 ›Die steirischen Pionierinnen der 2. Republik‹ Statements

12 ›Die Steiermark, das Land der Präsidentinnen‹
Interview mit den Landtagspräsidentinnen Bettina Vollath und Manuela Khom

15 KAPITEL 2 ›EINE STARKE GESCHICHTE‹

16 ›Ringeln um das Frauenwahlrecht 1848-1918

21 ›Das Frauenwahlrecht in Europa‹ Länderübersicht

23 KAPITEL 3 ›AKTIV IN STADT UND LAND‹

24 ›Bürgermeisterin: das beste Amt für Anpackerinnen‹ Statements

26 ›Regional, kommunal, feminin‹
Sieben Thesen für eine weiblichere Politik in Stadt und Land
von Politikwissenschaftlerin Kathrin Stainer-Hämmerle

28 ›Gemeinderätin: im Alltag etwas bewegen‹ Statements

31 KAPITEL 4 ›ES DÜRFEN RUHIG NOCH MEHR WERDEN‹

32 ›Die Jugend ist gefragt‹ Aktuelle Entwicklungen

35 ›Frauen in Politik und Gesellschaft: Zahlen und Fakten‹

36 ›Aktive Politikerinnen‹ Statements

38 ›Leitfaden für politisches Engagement in der Steiermark‹
Informationen zum Einstieg in die Politik

IMPRESSUM

Medieninhaber/Herausgeber:
Amt der Steiermärkischen Landesregierung, A6 Fachabteilung Gesellschaft,
Referat Familie, Erwachsenenbildung und Frauen, Karmeliterplatz 2, 8010 Graz;
www.frauen.steiermark.at
Konzept und Produktion: „Welt der Frau“-Corporate Print; www.welt-der-frauen.at
Redaktion: Cornelia Groiss (im Auftrag von „Welt der Frau“-Corporate Print)
Druckerei: PrintOn, Johann Seiberl, Loosdorf
Auflage: 3.000 Stück; Februar 2019



Mag.^a Ursula Lackner
Frauenlandesrätin

›WIR BRAUCHEN AUF ALLEN EBENEN DER POLITIK EINE AUSGEWOGENHEIT DER GESCHLECHTER‹

Vor 100 Jahren durften Frauen in der Steiermark erstmals wählen und gewählt werden. Seither haben wir große Fortschritte in der politischen Teilhabe von Frauen gemacht.

Musste man damals erst für das Recht auf Mitbestimmung der Frauen kämpfen und konnte man sich Frauen in einer aktiven politischen Rolle kaum vorstellen, so ist die Beteiligung der Frauen an der politischen Gestaltung des Landes heute eine Selbstverständlichkeit. Mittlerweile beträgt der Frauenanteil im Nationalrat sowie im Landtag Steiermark jeweils rund 37 Prozent.

Von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Frauen und Männern sind wir damit jedoch noch immer weit entfernt. Gerade dort, wo politische Entscheidungen den unmittelbaren Lebensraum betreffen - in unseren Städten und Gemeinden - sind Frauen in politischen Funktionen besonders stark unterrepräsentiert. Nur rund ein Viertel aller Gemeinderatsmandate wird von Frauen ausgeübt.

Ich bin überzeugt davon, dass gute Entscheidungen dann getroffen werden, wenn sie Frauen und Männer gemeinsam treffen. Denn nur so können die unterschiedlichen Perspektiven, Zugänge und Lebensrealitäten von Frauen und Männern gleichermaßen in die Entscheidungsfindung einfließen. Das betrifft alle Lebensbereiche und wir brauchen daher auf allen Ebenen der Politik eine Ausgewogenheit der Geschlechter.

Deshalb ist es mir wichtig, Mädchen und Frauen für Politik zu interessieren und sie vor allem dazu zu ermutigen, politische Verantwortung zu übernehmen und sich auch in politischen Funktionen zu engagieren.

Die vorliegende Broschüre soll dieses Anliegen unterstützen und ist Teil eines inhaltlichen Schwerpunktes, den ich als Frauenlandesrätin seit Beginn des letzten Jahres setze und in den kommenden Jahren konsequent weiterverfolgen werde.

KAPITEL 1

›FRAUEN AN DER SPITZE‹

› FRAUEN LEISTEN GROSSARTIGES ‹

INTERVIEW

Frauenlandesrätin Ursula Lackner unternimmt einen Streifzug durch ihre eigene Geschichte und die der Frauen in der Steiermark. Unter ihnen gibt es etliche Heldinnen. Heute allerdings müssen wir aufpassen, nicht auf der Stelle zu treten.

Frau Landesrätin, Sie sind bis zur Matura in reine Mädchenschulen gegangen. Wie waren Ihre Erfahrungen und wie denken Sie heute über geschlechtergetrennten Unterricht?

Ursula Lackner: Meine Schulzeit geht in eine ganz andere Ära zurück. Da waren die Mädchen auf der einen und die Buben auf der anderen Seite. Erst in der Freizeit sind wir zusammengekommen, in der Siedlung und auf dem Schulweg. Das war für uns normal. Heute ist der koedukativ geführte Unterricht eine Selbstverständlichkeit, die niemand in Frage stellt. Wichtig ist, dass PädagogInnen auf das unterschiedliche Verhalten und die unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Burschen achten. Beispielsweise dass sie, wenn Buben sich lauter melden, auf das Lautere nicht automatisch reagieren. Genauso auch umgekehrt.

Sie waren zwei Jahre Landesvorsitzende der Kinderfreunde, welche Erfahrungen verbinden Sie mit dieser Zeit?

Die Kinderfreunde leisten außerschulische Jugendarbeit und die ist in der Steiermark sehr gut aufgestellt. Ich war nicht nur Vorsitzende, sondern habe davor schon Heimstunden organisiert, bin als Betreuerin auf Feriencamps mitgefahren und habe letztendlich auch die Heimleitung gemacht. Bei den Kinderfreunden findet ein Lernen statt, das von Freiwilligkeit und von Freude am Miteinander geprägt ist. Da begegnet man den jungen Menschen auf Augenhöhe, aber da begegnen sich auch die Kinder untereinander als Gleiche.

Wann haben Sie begonnen, sich für Politik zu interessieren?

Mein Vater war Gemeinderat. Oft hat der Bürgermeister in meinem Elternhaus vorbeigeschaut und am Küchentisch über Gemeindethemen diskutiert. Wir Kinder sind dabei gesessen und haben mitgehört. Mich hat das mehr interessiert als meine Schwestern. Das hat mich auf alle Fälle geprägt und mein Bild von Gesellschaft beeinflusst.

Können Sie dieses Bild von Gesellschaft beschreiben?

Mir ist es wichtig, Menschen Möglichkeiten aufzuzeigen und gemeinsam zu überlegen: Wie funktioniert eine Gesellschaft, in der Chancengleichheit gegeben ist? Ich möchte begreiflich machen, dass ausnahmslos jede und jeder ihre und seine Stärken und Schwächen hat. Und dass sich beide Teile dieser Gesellschaft, der stärkere und der schwächere, gut ergänzen.

Ihre erste Arbeitsstelle nach dem Studium war ISOP, eine Organisation, die unter anderem MigrantInnen und Langzeit-arbeitslose unterstützt. Wie hat Sie diese Berufserfahrung geprägt?

Mitte der 80er-Jahre war die Warteliste für eine Stelle an einer Schule recht lang, es gab viele arbeitslose LehrerInnen. Ich war eine der Betroffenen, weil ich mit Deutsch und Geschichte zwei sehr beliebte Fächer studiert hatte. Über den Verein ISOP bekam ich eine Stelle in der Nachmittagsbetreuung, bis ich schließlich die Geschäftsführerin des Vereins wurde. Der Ausbau der Nachmittagsbetreuung war ein erster Schritt in Richtung Ganztagschule. ISOP war anfangs eine Lobby für junge LehrerInnen. Erst später ist das Migrationsthema dazugekommen, und damit die Qualifizierung von Menschen, die neu in Österreich sind.

Ursula Lackner ist ausgebildete Deutsch- und Geschichtslehrerin. Im Jahr 2000 wurde sie in den steirischen Landtag gewählt, dessen zweite und dritte Präsidentin sie später wurde. Lange Zeit engagierte sich Lackner bei den Kinderfreunden, zwei Jahre lang sogar als Landesvorsitzende. Seit 2015 ist sie in der Steiermark Landesrätin für die Bereiche Jugend, Bildung, Familie und Frauen.

Die Steiermark hatte mit Waltraud Klasnic als erstes Bundesland eine Frau an der Spitze. Wie haben Sie das damals wahrgenommen?

Es war ein Paukenschlag. Das Amt des Landesoberhaupts hat dadurch ein weibliches Antlitz bekommen. Und daran, dass die Landeshauptmännerkonferenz seither Landeshauptleuterkonferenz heißt, sieht man, dass das in Österreich schon etwas bewirkt hat. Da hat eine Frau in diesem Orchester einen wesentlichen Part eingenommen. Die Steiermark ist ja auch nicht das einzige Bundesland mit einer Frau an der Spitze geblieben.

Sie sind eine von drei Frauen in der steirischen Landesregierung, waren zuvor Landtagsabgeordnete, sowie zweite und



dritte Landtagspräsidentin. Kann man bei diesen Institutionen noch von „Clubs der alten Männer“ sprechen?

Es sind nicht nur „Clubs der alten Männer“, sondern auch „Clubs der jungen Männer“, weil das ja nicht nur eine Altersfrage ist. Aber mittlerweile haben Frauen das Bild der Politik stark mitgeprägt: von den Ministerinnen in der Kreisky-Ära, über Landeshauptfrauen bis hin zur Landtagspräsidentin, die wir ja heute in der Steiermark haben. Es ist schon selbstverständlicher geworden, Frauen in politischen Spitzenpositionen zu sehen, aber für Frauen bedarf es immer noch besonderer Anstrengungen, um dahin zu kommen.

Seit vier Jahren gilt in der Steiermark die „Gleichstellungsstrategie 2020“. Wie wird sie umgesetzt?

Die Frauen- und Gleichstellungsstrategie wurde von meiner Vorgängerin Bettina Vollath initiiert. Sie ist ein Maßstab geworden, der sich durch alle Politikbereiche in der Steiermark zieht. Wir haben zum Beispiel ein Regionalentwicklungsgesetz beschlossen, in dem erstmals der Aspekt der Gleichstellungsorientierung festgeschrieben ist. Das ermutigt Frauen, aktiv zu werden; ihre Stimme in den Gemeinden wird dadurch lauter. Aber auch die Infrastruktur muss passen, es muss genügend Kinderbetreuung- und -bildungseinrichtungen geben. Wenn Frauen sich angesprochen fühlen und in der Region bleiben, haben wir gewonnen.

Sie betonen die Rolle von Männern im Gleichstellungsprozess. Wie sieht die aus? Müssen sich Männer zurücknehmen?

Es wird nicht viel bringen, Gleichstellung nur zu einer Sache von Frauen zu machen, die alles für Frauen erledigen sollen. Das hat zu wenig Wirksamkeit, denn Frauen sind in den Medien sowie in wirtschaftlichen und politischen

> Frauenpolitische Initiativen sind wichtiger denn je. <

Ursula Lackner
Landesrätin für Frauen, Steiermark

Gremien weniger stark verankert als Männer. Deshalb müssen die Männer mittun. Aber dort, wo sie Machtpositionen aufgeben müssen, gibt es natürlich Gegenwind.

Haben wir hier einen Kampf der Geschlechter?

Sicher. Der Kuchen wird nicht größer. Einflussreiche Positionen sind immer umkämpft. Niemand macht seinen Platz aus Großmut frei, weder Frauen noch Männer. Jede und jeder, die oder der in einer Funktion ist, will damit Ziele erreichen.

Sind Frauen nicht kämpferisch genug?

Wir fangen ja nicht bei Null an. Die Geschichte ist männlich geprägt und Frauen müssen aufholen. In Unternehmen und in der Politik haben bisher in den meisten Fällen Männer die hohen Positionen eingenommen. Jetzt geht es darum, im Sinn der Gleichstellung, Frauen in diese Positionen zu bringen. Dafür muss man Rahmenbedingungen schaffen, wie Gesetze und Quoten.

Was können Sie im Kleinen tun?

Auf Ungleichgewichte aufmerksam machen. Kein Mensch wundert sich beispielsweise, wenn bei einer Pressekonferenz zu einem x-beliebigen Thema am Podium nur Männer sitzen. Das passiert nicht unbedingt absichtlich, sondern hängt damit zusammen, dass die Positionen so vergeben sind, dass oft nur Männer zu Wort kommen. Mir fällt so etwas auf und ich spreche es an. Dann heißt es meistens: „Ach ja, stimmt!“

Haben Sie das Gefühl, dass der Feminismus gerade eine Sternstunde erlebt?

Nein, ich spüre zurzeit keine Weiterentwicklung. Ich glaube, wir treten am Stand oder bewegen uns gar in die andere Richtung. Die Wirtschaftskrise vor zehn Jahren wirkt sich bis heute auf alle Bereiche aus, auch auf die Familien. Der Arbeitsmarkt hat sich verändert, Arbeitslosenzahlen sind in die Höhe gegangen, Orientierungslosigkeit hat sich breit gemacht. Auch am Bild der Gesellschaft hat sich etwas verändert. Auf einmal fragt man sich wieder, ob es überhaupt notwendig ist, dass Frauen arbeiten, wo sie doch meist nur Teilzeit beschäftigt sind. Damit geraten wichtige Ziele wie Absicherung im Alter und die Selbstbestimmtheit von Frauen wieder ins Wanken. Und wenn eine Bundesregierung einem Frauenvolksbegehren nichts abgewinnen kann, ist das für mich ein Zeichen, dass frauenpolitische Initiativen wichtiger sind denn je.

An der Uni Graz wird, wie auch in Wien und Innsbruck, das Masterstudium Gender Studies angeboten. Findet hier ein Austausch zwischen Politik und Wissenschaft statt?

Natürlich sind wir im Austausch mit den WissenschaftlerInnen, sie haben eine wichtige

Expertise, auf die wir zurückgreifen können. Die sollten wir noch viel mehr nutzen. Zusätzlich gibt es auch die Fachstellen, das Netzwerk der Frauen- und Mädchenberatungsstellen und den Verein Felin, mit denen wir in Kontakt stehen. Von jedem Wissen, das da erarbeitet wird, können wir profitieren.

Was ist Ihnen besonders wichtig zu sagen?

Dass am Selbstbild von Frauen nicht herumgörgelt werden soll. Frauen sollen sich ausleben, in all ihrer Vielfalt, in allen Regionen. Die Amerikanerin Mary McCarthy hat einmal gesagt: „Wir sind Heldinnen der eigenen Geschichte.“ Frauen leisten Großartiges für das Land und die Gesellschaft. Sie sind auch Heldinnen des Alltags. Das muss ich immer wieder betonen.

Sehen Sie sich als Heldin?

Das würde ich so nicht sagen. In jedem Leben gibt es Entwicklungen, Kreuzungen und Zufälle, die den persönlichen Weg beeinflussen. Mein Weg führte eben in die Politik und hier will ich erwirken, dass Frauen Wertschätzung dafür bekommen, was sie tagtäglich leisten. Ich möchte ermöglichen, dass all die Heldinnen in unserer Gesellschaft ihre eigene Geschichte schreiben können. /

Landesrätin Ursula Lackner ist es wichtig, Menschen Möglichkeiten aufzuzeigen.



› DIE STEIRISCHEN PIONIERINNEN DER 2. REPUBLIK ‹

STATEMENTS

Es sind starke Steirerinnen, welche die österreichische Politik geprägt haben. Im 20. Jahrhundert war die Steiermark etwa Heimat des ersten weiblichen Landesoberhauptes, einer ehemaligen Frauenministerin und zweier früherer, frauenbewegter Landtagsabgeordneter. Sie ebnet den Weg und erleichtern es anderen Frauen, sich selbst in einer machtvollen Position vorzustellen. Was sagen die Vorreiterinnen über ihre Anliegen und Erfolge?



› In der Politik für die Steiermark hatten wir viele schöne Erfolge – so ist die Steiermark von einer industriellen Problemregion zu einer Zukunftsregion mit innovativer Wirtschaft und der mit Abstand höchsten Forschungsquote aller österreichischen Bundesländer geworden. Persönlich empfinde ich die rechtliche und faktische Ermöglichung der „anonymen Geburt“, die seit der Jahrtausendwende hunderten Kindern eine Lebenschance eröffnete, als einen besonders wichtigen Erfolg. ‹

Waltraud Klasnic
ehemalige Frau Landeshauptmann, ÖVP (geb. 1945)



› Das Private ist politisch, hieß es richtigerweise in der Frauenbewegung. Deshalb sind gesetzliche Regelungen auch für Lebensbereiche notwendig, die als privat gelten. Das heißt, dass das Verhältnis der Geschlechter zueinander politisch thematisiert werden muss. Diese alte Forderung hat nichts von ihrer Brisanz eingebüßt. Im Gegenteil. ‹

Helga Konrad
ehemalige Frauenministerin, SPÖ (geb. 1948)

› Während des Ersten Weltkrieges sind mein Bruder und ich mit den Rädern von Mürzzuschlag nach Wienerneustadt gefahren und haben die „Arbeiterzeitung“ geholt. Die haben wir dann bei uns verteilt. Da war ich erst 13. Ich glaube, mein frühes Engagement rührt daher, dass mein Vater durch und durch Sozialist war. ‹



Hella Lendl
ehemalige Landtagsabgeordnete, SPÖ (1907-2004)

› Mein Credo ist: Eine Partei besteht nicht nur aus ihrer Idee und einem Programm, sondern auch aus der Summe aller Menschen, die in ihr arbeiten. Es liegt an jeder einzelnen Funktionärin, welche Kräfte sie der Partei zur Verfügung stellt und wofür sie sich einsetzt. Die Bewusstseinsbildung und Aktivität der steirischen Frauen war immer ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Volkspartei. ‹



Edda Egger
ehemalige Landtagsabgeordnete, ÖVP (1910-1993)

Fotos: Foto Fischer, privat, Landesarchiv Steiermark (2x)

› DIE STEIERMARK, DAS LAND DER PRÄSIDENTINNEN ‹

INTERVIEW

Bettina Vollath und Manuela Khom leiten die Sitzungen im steirischen Landtag. Als erste und zweite Landtagspräsidentin können sie Abgeordnete angeloben und Gesetze beurkunden. Im Interview stellen sie klar, dass sie keine Dornröschen sind und erklären, was Mürbteig mit der Frauenquote zu tun hat.

Frau Präsidentin Vollath, Sie haben einmal „Das andere Geschlecht“ von Simone de Beauvoir als ihr Lieblingsbuch genannt. Was haben Sie von dieser feministischen Denkerin gelernt?

Bettina Vollath: Mich fasziniert Simone de Beauvoir, da sie als Frau schon in den 40-er Jahren darauf gepocht hat, als vollständiger Mensch wahrgenommen zu werden. Sie hat sich nicht in den Bereich der Familie verbannen lassen. Diese Lust, unsere Gesellschaft mitzugestalten, möchte auch ich den Frauen mitgeben.

Haben Sie das Gefühl, dass die jungen Frauen sich genug einbringen?

Vollath: Auf der einen Seite stehen junge Frauen, die sich wünschen, dass sie unbeschwert Zeit mit ihren Kindern verbringen

können. Sie haben bei ihren Müttern wahrscheinlich die Doppelbelastung von Familie und Beruf miterlebt. Andererseits sehe ich Frauen, die Gleichberechtigung mit einer größeren Selbstverständlichkeit einfordern, als ich das damals als Jugendliche getan habe.

Frau Präsidentin Khom, Sie weisen immer wieder auf Benachteiligungen von Frauen hin. Wo sind diese am stärksten ausgeprägt?

Manuela Khom: Wenn wir uns anschauen, wie weit die Schere beim Verdienst noch immer auseinandergeht, dann haben wir hier das größte Problem. Es macht schon einen Unterschied, wie viel ich verdiene, um mein Leben gestalten zu können.

Sie haben 2018 im Landtag eine Brandrede für die Frauenquote gehalten. Warum ist die Quote ein so heiß diskutiertes Thema?

Khom: Weil sie so negativ besetzt ist. Viele Frauen sagen: „Ich möchte nicht als Quotenfrau wahrgenommen werden.“ Dabei ist das eine Bestandsgröße! Beim Mürbteig nimmt man einen Teil Mehl, einen Teil Butter und einen Teil Zucker – wer ist da die schlechte Quote? Es wird so kommuniziert, als müssten Quotenfrauen überhaupt nichts können, als würden sie automatisch genommen. Das stimmt ja nicht. Kein Betrieb,



Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath wurde 2015 als erste Frau zur Landtagspräsidentin der Steiermark gewählt. 2005 ist die studierte Juristin als Landesrätin für die SPÖ in die Politik eingestiegen. Bei der EU-Wahl 2019 ist sie steirische SPÖ-Spitzenkandidatin.



Manuela Khom startete ihre politische Laufbahn mit 32 Jahren als Gemeinderätin in Laßnitz bei Murau. 2010 wurde sie Landtagsabgeordnete. Seit 2015 ist sie nicht nur zweite Landtagspräsidentin, sondern auch Landesleiterin der ÖVP Steiermark.

der einen bestimmten Anteil von Frauen haben muss, sagt, er nimmt drei nicht Fähige.

Frau Präsidentin Vollath, Sie sind 2015 zur ersten Landtagspräsidentin in der Geschichte der Steiermark gewählt worden. Was möchten Sie anderen Frauen mitgeben?

Vollath: Meine Mutter war sehr tatkräftig. Sie hat die Bohrmaschine genauso selbstverständlich in die Hand genommen wie den Rasenmäher. Frauen, die nicht das Glück hatten, so aufzuwachsen, trauen sich oft weniger zu. Das nenne ich das Dornröschen-Syndrom. Diesen Frauen möchte ich Mut machen. Frauen können alles schaffen.

Unterdrückung und Gewalt gegen Frauen wird gern „den Fremden“ zugeschrieben. Wie kann es gelingen, das Ziel einer multikulturellen Gesellschaft mit Frauenrechten zu vereinbaren?

Vollath: Die traurige Wahrheit ist, dass Gewalt an Frauen und Mädchen auch bei uns in Österreich nicht im Ansatz ausgerottet ist. Sie ist nicht Bestandteil einer Kultur, die erst jetzt neu

zu uns gekommen ist. Zum Glück haben wir heute Gewaltschutzzentren, wo Betroffene Unterstützung bekommen. Diese Angebote sind für alle offen, die in Österreich leben.

Frau Präsidentin Khom, wie soll Frauenpolitik in Zukunft aussehen?

Khom: Ich wünsche mir, dass die Frauen sich gegenseitig unterstützen und zusammenarbeiten. Auch, wenn sie verschiedene Zugänge und Meinungen haben. Das funktioniert im Landtag sehr gut.

Und wo liegt der gemeinsame Nenner?

Khom: Das klare Ziel ist, dass Frauen das, was sie wollen, auch tun können. Ohne Bewertung. Berufstätige Frauen sind keine Rabenmütter. Und Frauen mit vielen Kindern, die lieber zuhause bleiben, sind nicht asozial. Gottseidank kriegt noch irgendwer ein Kind! Teilzeitarbeit kann eine Möglichkeit sein, Familie und Beruf zu vereinbaren. Sie darf für Frauen aber nicht die einzige Möglichkeit sein. Kurz gesagt: Wir sind vielfältig und das ist gut so. /

KAPITEL 2

› EINE STARKE

GESCHICHTE ‹

›RINGEN UM DAS FRAUENWAHLRECHT‹

1848–1918

Die Einführung des Frauenwahlrechts 1918 ist dem Kampf von mutigen, visionären und beharrlichen Frauen auf der ganzen Welt zu verdanken. Sie stand am Ende eines steinigten Weges, auf dem es viele Rückschläge gab. Als gemeinsames Ziel führte das Frauenwahlrecht zu internationalen Netzwerken, die teilweise Klassensunterschiede, ideologische und religiöse Grenzen überwinden konnten.

1848: Die Revolution

Der Ausgangspunkt für spätere Frauenbewegungen liegt im Revolutionsjahr 1848. Erstmals werden im Zuge der bürgerlich-demokratischen Bewegung auch Stimmen von unzufriedenen Frauen laut. Sie gehen gemeinsam mit den Männern auf die Straße und fordern bessere Arbeitsbedingungen sowie demokratische Grundrechte. Die Revolution rüttelt an den Grundfesten der Habsburgermonarchie und an den eingefahrenen Strukturen der etablierten politischen Systeme Europas. Das liberale Bürgertum fordert, bei den Staatsgeschäften mitbestimmen zu können. In dieser Stimmung stellt sich auch erstmals die Frage der Beteiligung von Frauen an der Politik. Im Zuge der sogenannten Märzrevolution von 1848

bilden sich die notwendigen Strukturen für einen bürgerlichen Staat: eine Verfassung und ein Parlament. Es wird ein teilweises Wahlrecht für Männer erzwungen. Die 1849 erlassene Gemeindewahlordnung unterscheidet nicht nach Geschlecht, das Stimmrecht basiert vielmehr auf Steuerleistung. So haben wenige privilegierte Frauen, die über Grund- oder Hausbesitz oder ein Gewerbe verfügen, vorübergehend das Wahlrecht. Sie dürfen aber nicht persönlich wählen, sondern müssen sich von einem Mann – meist dem Ehemann – bei der Wahl vertreten lassen. Auch das Wahlrecht in den einzelnen Landtagen ist zunächst nicht an das Geschlecht, sondern an Stand und Steuerleistung gebunden. Als das Zensuswahlrecht für Frauen 1889 in der niederösterreichischen

Gemeindefwahlordnung eingeschränkt werden soll, wird dies zur Initialzündung im Kampf um das Frauenwahlrecht: Die Lehrerinnen Auguste Fickert und Marie Schwarz gründen ein „Comité in Angelegenheiten des Frauenstimmrechts“, organisieren eine erste politische Frauenversammlung und starten eine Petition.

Die ersten Frauenvereine

Bereits in der Aufbruchsstimmung von 1848 ist der erste „Wiener demokratische Frauenverein“ gegründet worden, der den Beginn der Frauenbewegung in Österreich markiert. Zu dessen Forderungen gehören mehr Demokratie und der Zugang zu Bildung. Der Verein wirkt aber nur kurze Zeit: Nach der Niederschlagung der bürgerlichen Revolution wird das Kriegerrecht verhängt und alle Vereine, die sich im Zuge der Revolution gegründet haben, werden wieder aufgelöst. In Paragraph 30 des Vereinsgesetzes, das mit der Verfassung 1867 in Kraft tritt, wird der Ausschluss von Frauen gesetzlich festgeschrieben: „Ausländer, Frauenspersonen und Minderjährige“ dürfen an politischen Vereinen nicht teilneh-

men. Dieser Paragraph, der die politische Vernetzung und Organisation von Frauen massiv behindert, bleibt bis 1918 bestehen. Trotz dieses Gegenwinds entstehen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zahlreiche Frauenvereine, die sich hauptsächlich der Erweiterung von Bildungsmöglichkeiten verschreiben. Der Zugang zu Allgemeinbildung und Hochschulen soll Frauen bessere Berufschancen verschaffen und die Selbstbestimmung fördern. Das Frauenwahlrecht wird in den Forderungen oft hintangestellt. Einige Frauenvereine tarnen sich als Wohltätigkeitsvereine, widmen sich aber auch gesellschaftspolitischen Fragen. Der „Allgemeine Österreichische Frauenverein“, der 1893 als Reaktion auf den Ausschluss von Frauen aus dem niederösterreichischen Landtags- und Gemeindefwahlrecht gegründet wird, ist der erste österreichische Frauenverein, der dezidiert politische Ziele verfolgt.

Bewegung in der Steiermark

Im 19. Jahrhundert ist die Steiermark stark von der katholischen Kirche geprägt.



Die Pädagogin Marie Schwarz ist 1889 eine der Gründerinnen eines „Comité in Angelegenheiten des Frauenstimmrechts“.

Die Industrialisierung setzt hier vergleichsweise spät ein. So gewinnt die Arbeiterbewegung, in der sich auch proletarische Frauen engagieren, nur langsam an Bedeutung. Die bürgerlichen Frauen organisieren sich zunehmend in Vereinen. Zwischen 1850 und 1911 sind in Graz etwa 25 Frauenvereine verzeichnet. 1893 gründet Elisabeth Steininger den ersten „Grazer Damen-Bicycle-Club“. Die radelnden Rebellinnen nehmen auf ihren

Foto: ÖNB-Bildarchiv

1848



Erstes frauenbewegtes Engagement im Zuge der bürgerlichen Revolution. Die Aufbruchsstimmung führt zur Gründung des ersten Frauenvereins.

1878

Mit der ersten Mutterschutzregelung gilt ein Beschäftigungsverbot für bis zu drei Wochen nach der Geburt. Viele Frauen arbeiten aber auch in dieser Zeit, weil sie nicht auf den Lohn verzichten können.

1890

Der tschechische Frauenverein Minerva eröffnet das erste private Mädchengymnasium der Habsburgermonarchie.

1902

Unter der Führung der bürgerlich-liberalen Frauenrechtlerin Marianne Hainisch etabliert sich der „Bund österreichischer Frauenvereine“ (BÖFV) als eine erste Plattform für Frauenvereine auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie.

Im Mai 1911 hält der „Bund Österreichischer Frauenvereine“ seinen Bundestag ab – die Frauen versammeln sich zum Gruppenfoto vor der Wiener Handelskammer.



Touren öffentlichen Raum ein und verbreiten ein neues, freieres Frauenbild. Durch die wachsenden Bildungsmöglichkeiten für Frauen gewinnen auch weibliche Intellektuelle an Zahl und Bedeutung. Oktavia Aigner-Rollet ist die erste Frau, die am Grazer Akademischen Gymnasium maturiert. Sie studiert Medizin, wird 1905 Ärztin und bleibt bis 1915 sogar die einzige Medizinerin in Graz. Dass sie mit ihrem Lebenslauf auch aneckt, verdeutlicht ihre Aussage: „Eine gescheite Frau ist ein Dorn im Auge vieler dummer Männer.“

Der Weg zum Wahlrecht

Nach vielen Rückschlägen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts scheint es nach der Jahrhundertwende berechtigte Hoffnung auf ein Frauenwahlrecht zu geben. Durch die steigende Erwerbstätigkeit sind Frauen in den politischen Parteien und den

Gewerkschaften stärker vertreten. Frauen sind als Unternehmerinnen und vor allem als Arbeiterinnen in Industriebetrieben schon seit dem 19. Jahrhundert Teil des Wirtschaftslebens. Männer dürfen bis Anfang des 20. Jahrhunderts nur im Rahmen des Kurienwahlrechts wählen, also als Angehörige bestimmter Gruppen. Die russische Revolution von 1905, in deren Folge in Russland den Männern ein allgemeines Wahlrecht zugestanden wird, entfacht auch in Österreich den Wahlrechtskampf. Allerdings sind die politischen Lager unverrückbar positioniert: Während die liberalen Frauenvereine das Frauenwahlrecht einfordern, beugen sich die sozialdemokratischen Frauen der Parteiräson: Die Priorität liegt nun auf der Erlangung des allgemeinen Männerwahlrechts, dieses Ziel soll durch noch weitergehende Forderungen

gen nicht gefährdet werden. Die Christlichsozialen sind gegen die Einführung des Frauenwahlrechts.

Erfolg und Rückschlag

Im Dezember 1906 wird im Reichsrat die Wahlrechtsreform angenommen: Männer erhalten das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Die Frauen, die für das allgemeine Wahlrecht mitgekämpft hatten, gehen leer aus und verlieren sogar noch jene wenigen Stimmrechte, die sie im Rahmen des Kurienwahlrechts bisher innehatten. Das Parlament argumentiert seine Entscheidung damit, „dass bisher in allen Staaten Europas, in denen das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, die Frauen unberücksichtigt blieben und dass es sehr bedenklich wäre, gerade in Österreich im Zeitpunkte einer tiefgreifenden politischen Evolution den Versuch, die Frauen zur Teilnahme am

Fotos: ÖNB/Bildarchiv, Wikimedia, Unless Vienna



„Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ lautet der Slogan für den Internationalen Frauentag im Jahr 1914.

politischen Leben heranzuziehen, zu unternehmen.“ Als Reaktion beantragt noch am Silvestertag 1906 das Frauenstimmrechtskomitee die Gründung eines Frauenstimmrechtsvereins, die niederösterreichische Statthalterei schickt bereits am 7. Jänner 1907 die Ablehnung, und auch das Innenministerium lehnt eine Bewilligung ab. Am 26. Jänner 1907 tritt das Wahlrecht für Männer in Kraft.

Internationaler Frauentag

Die Sozialdemokratinnen, die sich in Österreich rund um die Wahlrechtsreform zunächst

zurückgehalten haben, gehen nach der Einführung des Männerwahlrechts wieder intensiv in den Kampf ums Frauenwahlrecht und nutzen dafür auch ihre internationale Vernetzung. Auf der zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im August 1910 wird auf Vorschlag der deutschen Sozialistin Clara Zetkin ein jährlicher „Frauenkampftag“ eingeführt. Im folgenden Jahr, am 19. März 1911, findet er zum ersten Mal in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und in den USA statt. Seit 1921 wird der Internationale Frauentag am 8. März begangen. Die Wahl dieses Datums bezieht sich auf ein anderes historisches Ereignis: Die kommunistischen Arbeiterdemonstrationen in St. Petersburg am Beginn der russischen Februarrevolutionen am 23. Februar 1917. Nach gregorianischem Kalender ist das der 8. März. Das Frauenwahlrecht ist die zentrale Forderung der ersten Frauentage und ihrer Versammlungen und Demonstrationen. Daneben werden verbesserte Lebensbedingungen für Frauen gefordert: Kinder- und Mutterschutz,

mehr soziale Einrichtungen, Arbeitsschutzgesetze, Mindestlöhne und der Acht-Stunden-Tag. Man spricht bereits von „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“, einer Forderung, die bis heute unerreicht ist.

Der Erste Weltkrieg

Noch im Juni 1913 finden sich in Wien internationale Rednerinnen zur Frauenstimmrechtskonferenz zusammen. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 verändert jedoch die Situation und das bisher Erreichte grundlegend. Er unterbricht die grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen den Frauenrechtlerinnen und die Frauenvereine haben nun andere Prioritäten. Sie unterstützen von der sogenannten „Heimatfront“ aus den Kriegsdienst oder engagieren sich für den Frieden. Aufgrund der angespannten politischen Situation ist an eine Änderung des Wahlrechts in diesen Jahren nicht zu denken. Auch wenn Frauen offiziell nicht am politischen Geschehen teilnehmen dürfen, sind sie im Alltag so präsent wie noch nie. Da die Männer im Krieg sind, halten die Frauen das wirtschaftliche und

1911

In Österreich, Dänemark, Deutschland, der Schweiz und den USA wird der erste Internationale Frauentag begangen.

1914-1918

Erster Weltkrieg: Da die Männer im Kriegsdienst sind, halten die Frauen das wirtschaftliche Leben aufrecht. Die kriegsbedingte Not und Armut trifft an der „Heimatfront“ vor allem die ums tägliche Überleben kämpfenden Frauen.

1917

Der Wöchnerinnenschutz wird auf sechs Wochen ausgeweitet.

1918



Frauen erhalten Zugang zu allen Fakultäten der Universität, mit Ausnahme der Katholisch- bzw. Evangelisch-Theologischen Fakultät.

administrative Leben aufrecht. Frauen sitzen in den Ämtern, arbeiten in öffentlichen Berufen, wie etwa als Straßenbahnfahrerinnen, und werden so in der Öffentlichkeit immer sichtbarer. Am Ende des Krieges sind Frauen aus vielen Bereichen der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Dies hat Folgen: Obwohl während der Kriegszeit keine politische Partei das Frauenstimmrecht explizit fordert, stimmt 1918 die Mehrheit ihrer Vertreter für die Einführung des Frauenwahlrechts.

Das Frauenwahlrecht

Der 12. November 1918 – der Tag der Ausrufung der Republik – ist schließlich auch der Tag, für den Aktivistinnen so viele Jahrzehnte gekämpft hatten: Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Verhältniswahlrecht „aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes“ wird im Artikel 9 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform verankert. Das aktive Wahlrecht für alle gilt ab dem 20. Lebensjahr, das passive Wahlrecht ab dem 29. Lebensjahr. Mit einer Einschränkung: Prostituierte sind noch bis

1923 vom Wahlrecht ausgeschlossen. Zwischen 1920 und 1930 werden bei den Wahlen verschiedenfarbige Kuverts für Frauen und Männer verwendet – zur Beobachtung des Wahlverhaltens von Frauen. Österreich gehört damit nach den nordischen Staaten zu den ersten Ländern in Europa, die das Frauenwahlrecht einführen. Das Erlangen des Wahlrechts ist zweifelsohne ein Meilenstein für die Frauenpolitik. Zugleich aber ist es der Beginn eines noch längeren Weges zur gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, der bis heute nicht zu Ende ist.

Erste Frauen im Landtag

Die christlichsoziale Olga Rudel-Zeynek kandidiert für die konstituierende Nationalversammlung, schafft es aber zunächst nicht ins österreichische Parlament. Dafür gelingt ihr im Mai 1919 der Einzug in den steiermärkischen Landtag, gemeinsam mit der ebenfalls christlichsozialen Schuldirektorin Marianne Kaufmann und Martha Tausk von der SPÖ. Für Kaufmann sind die Kinder- und Jugendfürsorge sowie die Unterstützung von Armen und Arbeitslosen die Hauptanlie-



Bei der ersten Nationalratswahl der neuen Republik 1919 ist es soweit: Erstmals können auch Frauen ihr Wahlrecht ausüben.

gen. Die Sozialdemokratin Tausk tritt als Landtagsabgeordnete und Journalistin gegen das Lehrerinnenzölibat und für die Straffreistellung von Schwangerschaftsabbrüchen ein. Außerdem erwirkt sie verbesserte Arbeitsbedingungen für Heimarbeiterinnen und Hausgehilfinnen. Als Rudel-Zeynek später Nationalratsabgeordnete wird, bringt sie ein Gesetz durch, das Müttern den Anspruch auf Unterhalt sichert. 1927 übernimmt sie die Präsidentschaft des Bundesrats und ist damit die erste Frau weltweit, die einem Parlament vorsteht. /

1918

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Verhältniswahlrecht „aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes“ wird im Artikel 9 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform verankert.

1919

Mit Olga Rudel-Zeynek (1872-1948), Marianne Millwisch-Kaufmann (1884-1973) und Martha Tausk (1881-1957) zogen die ersten drei Frauen in den Steiermärkischen Landtag ein.



> DAS FRAUENWAHLRECHT IN EUROPA <

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird in den meisten europäischen Ländern das aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt. Ist es in Finnland schon Anfang des Jahrhunderts soweit, dauert es beispielsweise für die Frauen in der Schweiz bis 1971.

- 1906 **Finnland**
- 1913 **Norwegen**
- 1915 **Dänemark**
- Island**
- 1918 **Estland**
- Deutschland**
- Österreich**
- Ungarn**
- Lettland**
- Polen**
- 1919 **Niederlande**
- Luxemburg**
- Litauen**
- 1920 **Tschechoslowakei**
- Albanien**
- 1921 **Schweden**
- 1928 **Großbritannien**
- Irland**
- 1931 **Spanien**
- (1976) Portugal**
- 1934 **Türkei**
- 1944 **Frankreich**
- Bulgarien**
- 1945 **Italien**
- 1946 **Jugoslawien**
- Rumänien**
- 1948 **Belgien**
- 1952 **Griechenland**
- 1971 **Schweiz**
- 1984 **Liechtenstein**
- 1990 **Kanton Appenzel**
- Innerrhoden,**
- Schweiz**



Im internationalen Vergleich: Von Wyoming bis Saudi-Arabien

Der Bundesstaat Wyoming im Westen der USA ist, wenn es um Frauenrechte geht, weltberühmt. Denn als erster neuzeitlicher Bundesstaat erlaubt er es den Frauen (ab 1869) zu wählen. In Neuseeland erhalten Frauen 1893 das aktive Wahlrecht (1919 das passive), ab 1902 können weiße Frauen im neu gegründeten Commonwealth of Australia zur Wahl gehen. Ab 1918 ist es in Russland für Frauen erlaubt, zu wählen und gewählt zu werden. Es folgen die USA (1920), die Mongolei (1924), Kuba (1934) und die Philippinen (1937). In Japan haben Frauen ab 1947, in China ab 1949 und in Indien ab 1950 umfassendes Wahlrecht. In Afghanistan und im Iran ab 1963, im Irak ab 1980. 1994 findet die erste Wahl in Südafrika statt, bei der alle Frauen und Männer, unabhängig von ihrer Hautfarbe, wählen dürfen. In Kuwait dauert es bis 2005, in Saudi-Arabien bis 2015. /

KAPITEL 3

› **AKTIV**

IN STADT

UND LAND‹

› BÜRGERMEISTERIN: DAS BESTE AMT FÜR ANPACKERINNEN ‹

STATEMENTS



› Ich denke nicht darüber nach, was ich unter Umständen anders mache als männliche Kollegen. Die tägliche Arbeit als Bürgermeisterin erfordert ein rasches Switchen von einem Schwerpunkt zum nächsten. Besonders wichtig ist es mir, dass sich die Menschen in unserer Stadt aktiv beteiligen. In der Innenstadtentwicklung gelingt es uns, die BürgerInnen einzubinden. ‹

Roswitha Glashüttner
Liezen, SPÖ (geb. 1956)

Vor 30 Jahren wurde in der Steiermark erstmals eine Frau Bürgermeisterin: Adelheid Springer (ÖVP) war von 1989 bis 2004 Ortschefin von St. Lorenzen bei Scheifling. Bis heute sind Frauen in diesem Amt noch eine Seltenheit. Die 287 steirischen Gemeinden zählen gerade einmal 20 Bürgermeisterinnen. Vier von ihnen berichten hier, wie sie das „Amt für Anpackerinnen“ wahrnehmen.



› Obwohl ich von Fürstenfeld nach Krieglach zugezogen bin, werde ich von der Bevölkerung voll akzeptiert. Mein Mann war hier vor mir Bürgermeister. Von ihm habe ich viel gelernt und einen Zugang zu den BewohnerInnen bekommen. Die vielen Begegnungen mit den KrieglacherInnen sind das schönste an meinem Amt. ‹

Regina Schrittwieser
Krieglach, Liste Schrittwieser (geb. 1959)

› Meine Gemeinde ist meine Heimat und meine zweite Haut. In der muss ich mich wohlfühlen. Ein gutes Gefühl nach Hause zu kommen, das ist mir wichtig und das versuche ich auch den BürgerInnen zu vermitteln. Ich möchte Hitzendorf lebenswert erhalten, mit seinen Kinderkrippen, Schulen und den vielen Vereinen, in denen Freundschaften fürs Leben geknüpft werden. ‹

Simone Schmiedtbauer
Hitzendorf, steirische ÖVP-Spitzenkandidatin für die EU-Wahl 2019 (geb. 1974)



› Es gibt viele schöne Momente als Bürgermeisterin. Ein großes Erfolgserlebnis war etwa der Spatenstich zu unserer neuen Turn- und Veranstaltungshalle in Passail. Anderen Frauen rate ich, Hilfe anzunehmen. Ich zum Beispiel hole mir Rückhalt bei meiner Großfamilie. Meine Eltern sind mit ihrer offenen Einstellung bis heute Vorbilder für mich. ‹

Eva Karrer
Passail, SPÖ (geb. 1972)



Fotos: Adrian Zauner, Sissi Furgler, Teresa Röthwangl, Martin Maier

› REGIONAL, KOMMUNAL, FEMININ ‹

SIEBEN THESEN FÜR EINE WEIBLICHERE POLITIK IN STADT UND LAND.
VON KATHRIN STAINER-HÄMMERLE

Die folgenden sieben Thesen sollen dazu beitragen, diese Welt etwas gerechter zu machen - in der Überzeugung, dass gelebte Gleichstellung für beide Geschlechter ein großer Gewinn ist.

Erste These

Es geht um bessere Ergebnisse in der Politik. Das Argument, dass nach jahrhundertelanger Herrschaft der Männer nun die Frauen an der Reihe wären, führt nicht zum Ziel. Vielmehr geht es bei gerechter Vertretung der gesellschaftlichen Gruppen um bessere Ergebnisse in der Politik. Die Idee der repräsentativen Demokratie besteht darin, dass die Parlamente das Abbild der Bevölkerung sind. Im Vordergrund steht daher das Diskutieren möglichst vieler Zugänge, Erfahrungen und Hintergründe.

Doch nicht nur die inhaltliche Qualität steigt mit der Diversität, auch der Umgang miteinander verbessert sich in gemischten Teams.

Zweite These

Gehen qualifizierte Frauen, sind die Dörfer rasch leer. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat mit seiner Studie „Not am Mann“ 2007 gezeigt: Regionen verarmen - sozial, wirtschaftlich und demografisch - wenn als erstes junge Frauen abwandern. Sie finden leichter anderenorts einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz als junge Männer, und sie leiden mehr unter den traditionellen Geschlechterrollen in der Heimatgemeinde. Ihr Fortgehen beschleunigt den wirtschaftlichen und sozialen Erosionsprozess. Daher ist es vor allem am Land unerlässlich, qualifizierten jungen

Frauen eine Perspektive zu geben. Diese kann auch darin bestehen, dass sie mitreden und mitentscheiden können.

Dritte These

Kommunale Zukunftsthemen sind weibliche Domänen. Das österreichische Kommunalbarometer 2015 hat erhoben, dass für Bürgermeisterinnen Kinderbetreuung neben Pflege in den Gemeinden höchste Priorität hat. 64,3 Prozent messen ihr eine sehr hohe Bedeutung zu. Frauen kennen hier die Antworten am besten, auch wenn Familienarbeit selbstverständlich nicht mehr ihre alleinige Verantwortung sein darf. Das kostenlose und unsichtbare Erledigen aller Betreuungspflichten werden Frauen in Zukunft nicht mehr in diesem Ausmaß übernehmen. Es gilt, neue Wege zu finden, diese Leistung zu würdigen

und zu professionalisieren. Weibliche Expertise sollte hier anerkannt und genutzt werden.

Vierte These

Ein kommunikativer Führungsstil führt öfter zu Ergebnissen als ein autoritärer. Ein gängiges Stereotyp lautet: Männer führen, Frauen sind fürsorglich. Hauptaufgabe der Politik wird es in Zukunft sein, die immer weiter auseinanderdriftenden Interessen wieder zusammenzuführen. Hier könnte der vermeintlich weibliche Verhandlungsstil große Vorteile bringen. Denn Frauen geht es weniger um die Durchsetzung der eigenen Interessen, sondern meist um das größere Ganze. Sie sind oft eher auf Harmonie bedacht, sind vielleicht auch sensibler im Erkennen, was den anderen zuzumuten ist. Auch wenn sie meist nur dazu erzogen wurden.

Fünfte These

Wenn Politik für Männer unattraktiv wird, schlägt die Stunde der Frauen. Dies ist eine pessimistische These. Der rasante Imageverlust der Politik könnte aber den Gleichstellungsprozess beschleunigen: Wenn die Männer nicht mehr für politische Ämter zu gewinnen sind, müssen Frauen erst recht zugreifen. Das Verhältnis zur



MMag.ª Dr.ª Kathrin Stainer-Hämmerle studierte Politik- und Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck.

ihnen Führungsqualität und Entscheidungsfähigkeit ab. Durchsetzungsstarke Männer sind sexy, dominante Frauen nicht. Wir vertrauen tiefen Stimmen, hohe Töne gelten rasch als hysterisch. Wie feminines Führungsverhalten aussehen kann, wie Frauen machtvoll agieren können, ohne auf ihre Weiblichkeit zu verzichten, ist ein Experiment mit offenem Ausgang. Dazu braucht es noch viele Role Models.

Siebte These

Frauen, es ist Zeit ... Es geht nur miteinander, nicht gegeneinander. Netzwerken ist das Zauberwort in der Politik. Doch frau braucht auch die ideelle Unterstützung bei ihrer Entscheidung für politisches Engagement. Dafür Beistand bei den Männern zu finden ist schwer, Solidarität von den Frauen zu erwarten aber ebenso häufig enttäuschend. Zu unterschiedlich sind wir Frauen in unseren Haltungen, Werten, Zielen und Ideologien. Wir müssen unsere unterschiedlichen Zugänge und Lebensentwürfe akzeptieren und ein Nebeneinander ermöglichen. Und ja: Männer, es ist auch für euch Zeit, Frauen in der Politik zu fördern. Es wird eine Bereicherung für alle sein, davon bin ich überzeugt. /

Macht ist bei Frauen jedoch oft ein gestörtes. Macht ist aber notwendig, um etwas zu verändern. Frauen müssen auch ihre hohen Ansprüche über Bord werfen. Eine Aufgabe annehmen erfordert gründliche Vorbereitung, und das braucht Zeit. Doch manche Chancen wollen sofort ergriffen werden.

Sechste These

Die Veränderung muss in den Köpfen stattfinden. Aufgrund bestimmter Rollenerwartungen haben es Frauen in der Öffentlichkeit oft schwer. Wollen sie kompetent wirken, verkleiden sie sich als Männer. Wollen sie weiblich sein, spricht man

› GEMEINDERÄTIN: IM ALLTAG ETWAS BEWEGEN ‹

STATEMENTS



› Wichtig ist, nicht nur für Frauen, dass man sich für die eigene Gemeinde interessiert. Im Gemeinderat braucht man Kommunikationsfähigkeit, Mut, Geduld, Humor und manchmal ein „dickes Fell“, wenn es bei Diskussionen laut wird. Frauen sollten sich mehr in die Politik wagen, um das männlich dominierte politische System in einen ausgewogenen Zustand zu bringen. ‹

Eveline Gesslbauer
St. Ruprecht, Grüne (geb. 1978)

Für den Gemeinderat kandidieren kann jede und jeder Wahlberechtigte, die/der in der jeweiligen Gemeinde den Hauptwohnsitz hat. Aber weniger als ein Drittel der GemeinderätInnen sind Frauen. Vier von ihnen erzählen hier, worauf es bei der Kommunalpolitik ankommt.



› Ich kandidierte für die KPÖ als Gemeinderätin, weil mir soziale Gerechtigkeit ein Bedürfnis ist. Frauen, die sich für Kommunalpolitik interessieren, sollten mit vielen Gemeindepolitikerinnen über deren Erfahrungen sprechen. Selbstbewusstsein und Geduld sollten sie mitbringen. Es ist unerlässlich, an vielen Ausschüssen teilzunehmen, um dadurch das eigene Wissen zu erweitern. ‹

Elfriede Wieser
Fohnsdorf, KPÖ (geb. 1957)

› Wir Frauen haben durch unseren Lebensalltag oft andere Ideen und Problemstellungen als Männer. Das ergänzt sich in der Politik sehr gut. Ich habe das Heimwegtelefon initiiert und das passt zu meinem Lieblingsthema Frauenpolitik. Mein Tipp an andere Frauen: Probieren Sie etwas Neues aus. Machen Sie sich für Ihr Lieblingsthema stark! ‹



Claudia Schönbacher
Graz, FPÖ (geb. 1975)

› Als politisch aktive Frau empfinde ich es fast als Verpflichtung, feministische Aspekte einzubringen. Denn wem wollen wir Frauen schließlich sonst die Verantwortung übertragen? Zu erleben, dass Ideen auf fruchtbaren Boden fallen und sich zu erfolgreichen Projekten auswachsen, zählt für mich zu den schönsten Erfahrungen meiner Tätigkeit. ‹



Doris Dirnberger
Vizebürgermeisterin, Gratwein-Sträßengel, SPÖ (geb. 1968)

Fotos: Fotoladen Lola, Fotostudio Marion, Foto Pachernegg, fotogentile.com

KAPITEL 4

**› ES DÜRFEN
RUHIG NOCH
MEHR WERDEN ‹**

›DIE JUGEND IST GEFRAGT‹

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Entwickelt sich derzeit ein neuer Feminismus oder gibt es einen konservativen Rückschritt? Wahrscheinlich beides. Junge Frauen unterstützen mehrheitlich das Vorhaben der Gleichstellung der Geschlechter. Und doch wünschen sich viele die altbekannten Rollenmuster. Über die Situation der Jungen und aktuelle feministische Themen.

Manche meinen, gleichstellungspolitisches Engagement sei für junge Frauen nicht mehr attraktiv. Sie werfen dem Feminismus Weltfremdheit und moralische Strenge vor. Tatsächlich hat Feminismus viele Gesichter: Er zeigt sich in Form von politischen Bewegungen, akademischen Analysen und Denkrichtungen. Aber auch in den neuen Medien taucht er auf. Sein großes Ziel ist Geschlechtergerechtigkeit und damit gleiche Chancen auf ein gutes Leben für alle.

Ausbildung und Beruf

In der Lohnschere zwischen Frauen und Männern manifestieren sich mitunter deren unterschiedliche Vorlieben in der Berufs- und

Studienwahl. Mädchen entscheiden sich nach wie vor am häufigsten für die Lehrberufe Einzelhandel, Bürokauffrau und Friseurin, während die Top Drei bei Burschen allesamt technische Berufe sind, die im Durchschnitt besser bezahlt werden. Seit dem Wintersemester 1999/2000 studieren an den öffentlichen Universitäten in Österreich mehr Frauen als Männer. Die von Frauen bevorzugten Studienrichtungen Psychologie und Publizistik sind jene, die nach Abschluss die geringsten Einstiegsgehälter einbringen, wohingegen die mehrheitlich männlichen Absolventen der technischen Studienrichtungen mit hohem Einkommen rechnen können. Die Geburt eines Kindes ist der häufigste Grund für das Ende von weiblichen Karrieren. In der Altersgruppe ab 30 ist daher ein stufenartiger Anstieg der weiblichen Teilzeitarbeitenden zu beobachten. Weil sich die Berufslaufbahnen von Frauen und Männern in dieser Weise aufspalten, verfestigen sich trotz gleicher Ausbildungsgrade traditionelle Rollenbilder: Die Frau versorgt die Kinder und verdient dazu, der Mann ernährt die Familie. Das führt zu ökonomischer Abhängigkeit, Armut bei Alleinerzieherinnen nach einer Trennung und einer Verringerung der Möglichkeiten für Frauen.

Foto: Sabine Bauer

Da ist es verständlich, dass sich manche Frauen gegen eigene Kinder entscheiden.

Diskriminierung und Gewalt

Die häufigsten Diskriminierungsfälle, die bei der Gleichbehandlungsanwaltschaft einlangen, beziehen sich auf das Geschlecht und betreffen die Arbeitswelt: Geringe Bezahlung, das Verwehren von Aufstiegsmöglichkeiten, die Frage an Frauen beim Bewerbungsgespräch, ob sie möglicherweise schwanger sind oder werden möchten und auch sexuelle Belästigung. Diese Diskriminierungsformen sind zwar laut Gleichbehandlungsgesetz verboten, aber trotzdem für jährlich tausende Frauen in Österreich Realität. Dreiviertel aller Frauen haben zumindest einmal in ihrem Leben sexualisierte Belästigung erfahren, jede dritte wurde Opfer von sexualisierter Gewalt. Das Alter spielt auch beim Thema Gewalt mit: Frauen unter 30 werden doppelt so oft geschlagen wie ältere. Mit der #metoo Kampagne, die im Herbst 2017 auf unzähligen Internetportalen dieser Welt Furore machte, wurde die Tragweite des Problems ins gesellschaftliche Bewusstsein gerufen. Auch in Österreich haben im Rahmen dieser feministischen Aktion junge und ältere Frauen ihre Erfahrungen mit Belästigung geteilt.

Die Sache mit dem Körper

Der weibliche Körper wird allzu oft als Motiv für Werbezwecke benutzt und dabei sehr einheitlich dargestellt: schlank, weiß, jung. Ein Ideal wird kreiert, Andersartigkeit abgewertet. Das führt bei vielen Frauen zu einer negativen Selbstwahrnehmung, die in schlimmeren Fällen auch zu Essstörungen führen kann. Vor allem junge Frauen sind häufig davon betroffen. Von den rund 200 000 Fällen in Österreich sind 90 Prozent Mädchen und Frauen unter 30. Um das zu ändern, propagieren einige Gruppen die sogenannte „Body Positivity“, also eine positive



Julia Bauer (geb. 1998),
Teilnehmerin am Jugendlandtag 2016

In einem Zeitalter, in dem man sich ständig zwischen Themen wie „refugees welcome“ und dem Klimawandel bewegt, steht ein Überbegriff immer mehr im Zentrum: Politik. Leider wissen sowohl Junge wie Alte immer weniger damit anzufangen und entwickeln immer mehr die Einstellung, sich am besten rauszuhalten: nicht wählen gehen, keine Zivilcourage zeigen, wenn jemandem Unrecht getan wird und nicht hinterfragen, warum am Ende des Monats kein Geld mehr am Konto ist. Die Gleichgültigkeit endet erst dann, wenn es uns selbst betrifft: Wenn das eigene Geld knapp wird, man selbst das Gefühl hat, dass die ganze Welt gegen einen ist, wenn die falsche Partei die Wahl gewinnt. Ich finde, dass vor allem der Jugend bewusst gemacht werden sollte, wie wichtig es ist, sich zu beteiligen, mitzureden und sich vor allem eine eigene Meinung zu bilden: Eine Meinung fernab von Beeinflussungen wie „Hasspostings“ in sozialen Medien, eine eigene Meinung fernab von Gruppenzwang oder Gleichgültigkeit.

Einstellung zum Körper. In feministischen Kreisen werden Alltagspraktiken wie Rasieren, Schminken, Essen und Sport diskutiert um deutlich zu machen, welche unterschiedlichen Regeln dabei für weibliche und männliche Körper gelten; an welchen Stellen Frauen Haare haben „dürfen“, wie sich „richtige“ Männer zu pflegen haben, wo am Körper Masse erwünscht ist und wo nicht.

Junge mischen mit

Seit 2007 kann man in Österreich ab 16 Jahren wählen. Im Wahlverhalten zeichnete sich dabei ein Unterschied bei den Geschlechtern ab: Junge Frauen stimmten 2017 häufiger für die Grünen, junge Männer wählten mehrheitlich FPÖ und ÖVP. Aber auch das Interesse an politischen Prozessen fällt unterschiedlich aus: Während männliche Erstwähler zu 35 Prozent angaben, wenig oder gar nicht an Politik interessiert zu sein, waren es bei den weiblichen gar 44 Prozent. Die Wahlbeteiligung der 16- bis 18-Jährigen liegt bisher zwar unter dem Durchschnitt, allerdings ist – laut Umfragen – zwischen 2013 und 2017 das Interesse der jungen Menschen an Politik merklich gestiegen. Das zeigt: Einbindung schafft Engagement.

Jugendlandtag & Jugendrat

Damit das Engagement nicht im Wahllokal endet, hat das Land Steiermark 2016 das Projekt Jugendlandtag gestartet, das 2019 zum zweiten Mal umgesetzt wird. Hier können SteirerInnen zwischen 16 und 20 Jahren bei Regionaltreffen ihre Interessen formulieren und danach im Landtagsgebäude einbringen. Sie kommen mit PolitikerInnen ins Gespräch und finden mit ihren Anliegen Gehör. Ähnlich funktionieren die Jugendräte, bei denen sich Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren in die Gemeindepolitik einbringen können. Zwei junge Frauen waren Teil dieser Initiativen und berichten, was sie bewegt. /



**Jana Lamprecht (geb. 2002),
Teilnehmerin am Jugendrat St. Barbara**

Ich fühle mich weder als Steirerin, auch nicht als Österreicherin, noch als Europäerin. Ich fühle mich als Bürgerin dieser Erde. Für mich bedeutet das Freiheit. Meine Vision ist simpel. Es wäre schön zu sehen, dass jedes Lebewesen, ob Tier, Frau oder Mann, gleich behandelt wird und die gleichen Rechte hat. Sexismus ist noch immer ein riesiges Thema. Glücklicherweise habe ich persönlich noch nie Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht, wahrscheinlich wird es mir aber in Zukunft nicht erspart bleiben. Ich weiß noch nicht genau, ob ich in die Politik gehen möchte. Es gäbe aber auf jeden Fall Themen, die mich interessieren und für die ich mich einsetzen möchte. PolitikerInnen sollen sich um Umwelt-, Tierschutz und Gleichberechtigung der Frau kümmern. Nach der Matura möchte ich die Welt bereisen und mein Hobby, das Tätowieren, zum Beruf machen. Und ich werde mich auch weiterhin für Feminismus, Umwelt- und Tierschutz einsetzen.

Foto: Foto Puntigam Kindberg

> ZAHLEN UND FAKTEN STEIERMARK

20 von 287 steirischen Gemeinden werden von **BürgermeisterInnen** geleitet:

Bezirk Deutschlandsberg

Sankt Peter im Sulmtal: **Maria Skazel (ÖVP)**

Bezirk Graz Umgebung

Kalsdorf bei Graz: **Ursula Rauch (SPÖ)**

Hitzendorf: **Simone Schmiedtbauer (ÖVP)**

Bezirk Leibnitz

Kitzeck im Sausal: **Ursula Malli (ÖVP)**

Gleinstätten: **Elke Halbwirth (ÖVP)**

Bezirk Leoben

Eisenerz: **Christine Holzweber (SPÖ)**

Sankt Peter-Freienstein: **Anita Weinkogl (SPÖ)**

Bezirk Liezen

Wildalpen: **Karin Gulas (SPÖ)**

Liezen: **Roswitha Glashüttner (SPÖ)**

Schladming: **Elisabeth Krammel (ÖVP)**

Bezirk Murau

Sankt Georgen am Kreischberg: **Cäcilia Spreitzer (ÖVP)**

Bezirk Weiz

Fischbach: **Silvia Kareilly (ÖVP)**

Puch bei Weiz: **Gerlinde Schneider (ÖVP)**

Strallegg: **Anita Maria Feiner (ÖVP)**

Passail: **Eva Karrer (SPÖ)**

Bezirk Muralt

Kobenz: **Eva Leitold (ÖVP)**

Bezirk Bruck-Mürzzuschlag

Krieglach: **Regina Schrittwieser (Liste Schrittwieser)**

Pernegg an der Mur: **Eva Schmidinger (ÖVP)**

Bezirk Hartberg-Fürstenfeld

Dechantskirchen: **Waltraud Schwammer (ÖVP)**

Bezirk Südoststeiermark

Bad Gleichenberg: **Christine Siegel (ÖVP)**

542 Gemeinden zählte die Steiermark vor der **Gemeindestrukturreform** 2014, damals gab es noch 29 steirische Bürgermeisterinnen.

18 der 48 Abgeordneten im **steirischen Landtag** sind Frauen. Das ist ein Anteil von 37,5 Prozent.

Mit **1,2 Millionen Euro** unterstützt das Regionalentwicklungressort des Landes Steiermark die Initiative „Frauen.Leben.Regionen 2018“ und damit Projekte, die Frauen in den Regionen stärken sollen.

In der Steiermark sind **28.266 Betriebe** in Frauenhand.

Gläserne Decke: Während der Frauenanteil bei Studierenden an der Karl-Franzens-Universität Graz etwa zwei Drittel ausmacht, sind nur 29 Prozent der ProfessorInnen weiblich (Stand 2016).

> ZAHLEN UND FAKTEN ÖSTERREICH

161 von 2098 österreichischen Gemeinden werden von **BürgermeisterInnen** geleitet.

Im aktuellen **Nationalrat** sind 63 der 183 Abgeordneten weiblich. Das ist mit 34,4 Prozent Frauenanteil bisheriger Höchststand.

Im Jahr 2017 waren 142 der insgesamt 440 **Landtagsabgeordneten der neun Bundesländer** Frauen, das entspricht einem Anteil von rund 32 Prozent.

26 Prozent der jungen Frauen haben einen **Akademie- oder Hochschulabschluss**. Bei den jungen Männern sind es nur 19 Prozent (Stand: 2015).

Etwa 53 Prozent der **ordentlichen Studierenden** an österreichischen Hochschulen sind weiblich (Stand 2016).

2016/2017 wurden österreichweit 65.000 Kinder unter drei Jahren in einer **Kinderkrippe** betreut. Das ist jedes vierte Kind dieser Altersklasse – mehr als doppelt so viele als noch zehn Jahre zuvor.

72 Prozent der **LehrerInnen** aller Schultypen sind weiblich. In den Volksschulen machen Frauen sogar 93 Prozent des Lehrpersonals aus (Stand: 2016).

Fast ein Viertel aller angehenden **weiblichen Lehrlinge** sucht eine Stelle im Einzelhandel (Stand: 2016).

2016 waren 67,7 Prozent der 15- bis 64-jährigen **Frauen in Österreich** erwerbstätig. Bei den Männern waren es 75,4 Prozent. Seit 2006 hat sich die Erwerbstätigenquote bei Frauen um 5,5 Prozentpunkte erhöht.

Fast die Hälfte der Frauen in Österreich ist **teilzeitbeschäftigt** (Stand: Ende 2017).

Knapp vier Stunden pro Tag leisten Frauen **unbezahlte Hausarbeit**. Männer wenden dafür im Schnitt nur gut zwei Stunden täglich auf.

Gender-Pay-Gap: Ganzjährig vollbeschäftigte Frauen verdienten 2018 um 19,9 Prozent weniger als Männer. Damit verglichen arbeiteten Frauen in diesem Jahr 73 Tage „gratis“.

Fast ein Fünftel aller Väter hat 2017 für zumindest zwei Monate eine **Väterkarenz** in Anspruch genommen.

Jede dritte Frau in Österreich hat mindestens einmal in ihrem Leben **sexuelle Gewalt** erfahren. Bei den Männern ist es jeder elfte.

Mehr als die Hälfte der Frauen in Österreich hat **körperliche Gewalt** erfahren. Bei Männern sind es knapp zwei Drittel.

Quellen: Gender-Index 2017 des Ministeriums für Frauen und Gesundheit; WKO Steiermark; Uni Graz

› AKTIVE POLITIKERINNEN ‹

STATEMENTS

Große Töchter hat die Steiermark. Folgende fünf Frauen vertreten politische Interessen im Landtag. Sie alle haben sich von Geschlechterklischees nicht beeindrucken lassen, haben Durchsetzungskraft bewiesen und sind allein durch ihre Präsenz zu Gestalterinnen des politischen Lebens geworden. Denn mit Frauen an der Spitze passen sich auch die Institutionen an weibliche Lebensläufe an.

› Steht eine Frau am Rednerpult, ist sie ganz sicher kritischen Blicken ausgesetzt. Geht eine Mutter von kleinen Kindern in die Politik, wird sie sofort gefragt, wie sich das vereinbaren lässt. Ich habe noch nie gehört, dass diese Frage einem Mann gestellt wird.

Deshalb möchte ich Frauen ermutigen: Übernehmt politische Funktionen und stellt Anspruch auf Mandate! ‹

Renate Bauer
Landtagsabgeordnete,
SPÖ (geb. 1962)



› Neben der Sozialpolitik ist mir die Verbesserung der Situation von Frauen ein großes Anliegen. Dazu gehört, dass die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern geschlossen und Arbeitszeit generell verkürzt wird. Außerdem muss die Väterkarenz selbstverständlich werden, denn Kinderbetreuung ist kein „Frauenproblem“. ‹

Claudia Klimt-Weithaler
Landtagsabgeordnete, Klubobfrau des Landtagsklubs, KPÖ (geb. 1971)



› Junge Frauen stellen sich oft die Frage: „Kinder, ja oder nein?“ Ich möchte bewirken, dass die Kinderfrage die Karrierechancen einer Frau nicht negativ beeinflusst. Es braucht alternative und leistbare Betreuungsformen, wie zum Beispiel Tagesmütter. Und wenn Eltern ihre Kinder bis zum Kindergarteneintritt zu Hause betreuen, dann muss auch das unterstützt werden. ‹

Liane Moitzi
Landtagsabgeordnete, FPÖ (geb. 1992)

› Es gibt viele kompetente, tolle Frauen, die unsere Politik bereichern würden. Ich rate deshalb, unbedingt „ja“ zu sagen, wenn sie um ihre Mitarbeit gefragt werden. Leider sind Frauen oftmals selbstkritischer und auch unsicherer als Männer, aber ich bin mir sicher, dass sie im Gemeinderat oder im Landtag wertvolle Beiträge liefern können. ‹

Barbara Riener
Landtagsabgeordnete, Klubobfrau des Landtagsklubs, ÖVP (geb. 1962)



› Noch immer werden Frauen in ländlichen Regionen benachteiligt und dadurch sind viele gezwungen, aus ihrer Heimat abzuwandern. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss auch am Land oberste Priorität haben. Um Ungerechtigkeiten zu ändern, bin ich Politikerin geworden. Dazu braucht es viele Frauen, die mitmachen. ‹

Lara Köck
Landtagsabgeordnete, Grüne (geb. 1986)



› LEITFADEN FÜR POLITISCHES ENGAGEMENT IN DER STEIERMARK <

1. Schritt: Scheu überwinden

Viele Menschen glauben, Politik sei das Feld von wenigen Mächtigen; von grauen Männern, die fernab der kleinen Leute große Ziele und Gesetze aushandeln. Doch spätestens seit der Frauenbewegung der 1960er-Jahre ist bekannt: „Das Private ist politisch.“ Politik ist überall da, wo Entscheidungen getroffen werden, die eine Gemeinschaft betreffen. Sie passiert da, wo sich Gruppen zusammenfinden, ihre Interessen artikulieren und durchzusetzen versuchen. Politik betrifft alle - und liegt daher auch in Ihrer Hand!

2. Schritt Die Warum-Frage klären

Frauen fühlen sich in den politischen Institutionen oft noch als

Fremde und sind in den politischen Vertretungskörpern unterrepräsentiert. Der Landtag Steiermark weist 2018 einen Frauenanteil von 37,5 Prozent auf. Bei 287 Gemeinden in der Steiermark stehen nur 20 Frauen als Bürgermeisterinnen an der Spitze (Stand November 2018). Das beste Rezept gegen dieses Ungleichgewicht ist es, Frauen zu ermutigen, sich politisch zu engagieren, bei Wahlen zu kandidieren, sich in die erste Reihe zu wagen und „Ja“ zu sagen. Für Sie persönlich kann es auch ganz andere gute Gründe zum Handeln geben. Sie haben eine gute Idee für Ihre Gemeinschaft? Sie sehen Missstände in der Gesellschaft und möchten dagegen vorgehen? Sie haben ein Herzensanliegen und suchen Gleichgesinnte? Legen Sie los!

3. Schritt Einen Überblick verschaffen

Grundsätzlich ist es ratsam, sich Wissen anzueignen, die Nachrichten zu verfolgen, zu diskutieren und Vorträge zu besuchen. So präzisieren Sie Ihre Anliegen und schärfen Ihre Argumente. (Volks-) Hochschulen, politische Organisationen und Vereine bieten häufig Informationsveranstaltungen, die für alle zugänglich sind.

4. Schritt Aktiv werden

In einer Partei und in anderen öffentlichen Organen

Wenn Sie an Parteipolitik interessiert sind, informieren Sie sich am besten online über die jeweiligen Ortsgruppen in ihrer Gemeinde. Hier finden Sie Kontaktadressen und Informationen zu künftigen Veranstal-

tungen. Tatkräftige Neumitglieder werden von den Parteien mit offenen Armen empfangen. Häufig gibt es eigene Frauen-, SeniorInnen-, Jugend-, oder andere Themengruppen. In manchen Gemeinden erhalten MandatarInnen eine Aufwandsentschädigung. Innerhalb der Parteiapparate finden sich auch bezahlte Posten, die allerdings direkt oder indirekt von Wahlergebnissen abhängen.

In Vereinen oder NGOs

Bei einem themenspezifischen Interesse bietet sich die Mitarbeit bei einem Verein beziehungsweise einer NGO an. Bei der Fülle an eingetragenen Vereinen in Österreich - rund 120.000 - finden Sie sicherlich eine Gruppe, die Sie anspricht. Andernfalls ist es hierzulande relativ einfach, selber einen Verein zu gründen. Mit mindestens einer weiteren Person, einem gemeinsamen Anliegen, Vereinsstatuten und etwa 40 Euro für Anmeldegebühren können Sie loslegen. Informationen darüber finden Sie auf der Homepage des Innenministeriums. Als NGOs sind laut Bundeszentrale für politische Bildung „alle internationalen Organisationen zu verstehen, die nicht durch ein öffentliches Mandat legitimiert sind“. Ihre Themen liegen beispielsweise in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte



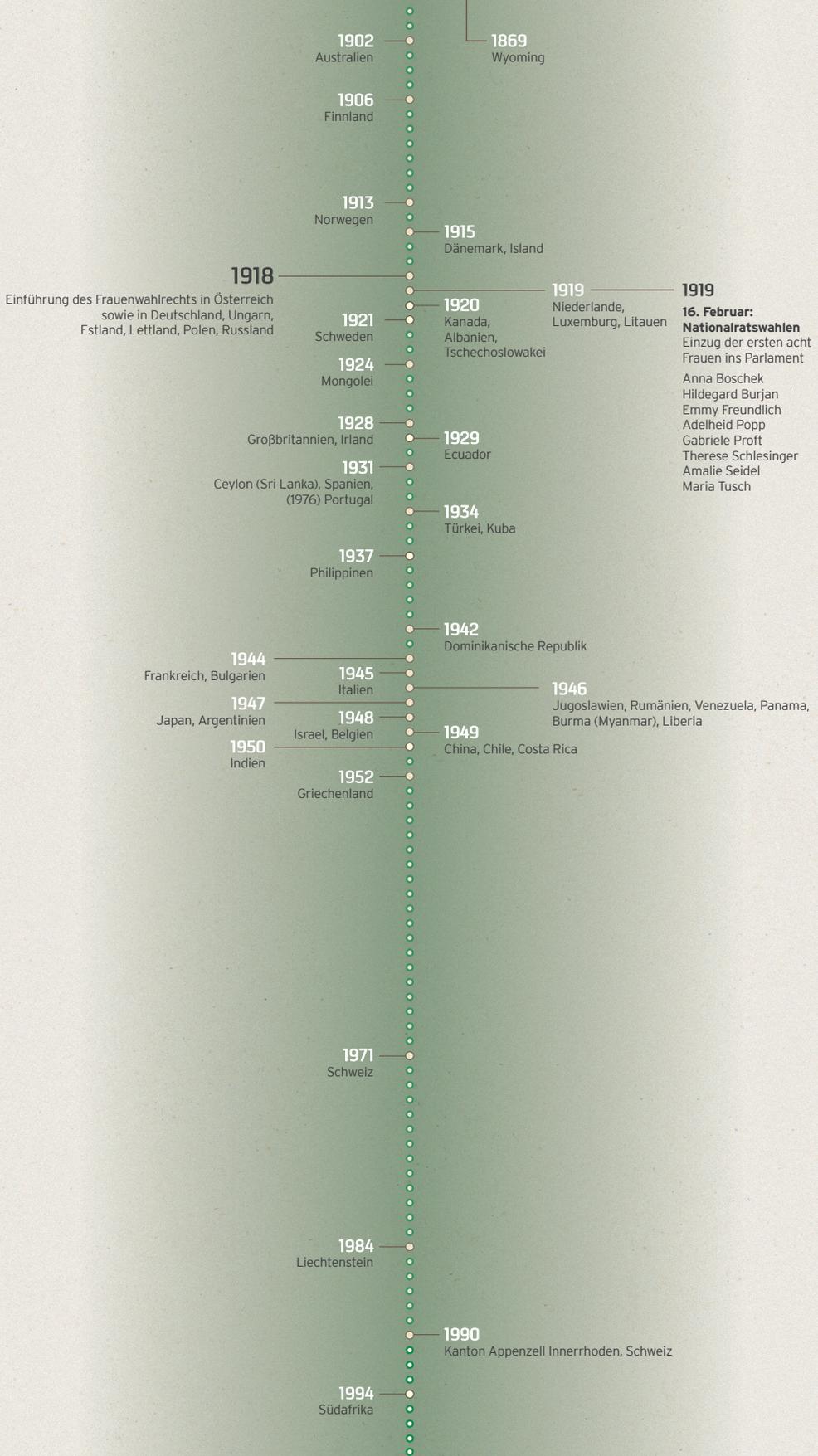
› Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken! <

Rosa Luxemburg
Vertreterin der europäischen Arbeiterbewegung (1871-1919)

und Entwicklungspolitik. Die Möglichkeiten beispielsweise für ehrenamtliche Mitarbeit erfragen Sie am besten bei den NGOs selbst.

In den Interessensvertretungen

Hier können Sie die Rahmenbedingungen Ihres beruflichen oder studentischen Alltags mitentscheiden. „Über den Betriebsrat haben die ArbeitnehmerInnen Mitwirkungsrechte bei der Gestaltung der sie unmittelbar berührenden betrieblichen Ordnung, bei der Qualität der Arbeitsplätze, beim Gesundheitsschutz und in vielen weiteren Fällen“ (arbeiterkammer.at). Informieren Sie sich bei Ihrer Gewerkschaft über die Gründung und die Wahl von BetriebsrätInnen. Gewerkschaften vertreten etwa bei Gesetzgebungsprozessen die Interessen ihrer Mitglieder und handeln Kollektivverträge aus. Um darin Funktionärin zu werden, müssen Sie sich für eine Fraktion entscheiden und die Hürde der Betriebsratswahl überwinden. Ein Mitwirken in der Arbeiter-, Wirtschafts-, oder Landwirtschaftskammer setzt in der Regel eine berufliche Beschäftigung dort voraus. Für Studentinnen: In der Studienvertretung ist meist kein strenges Aufnahmeverfahren notwendig - freiwilliges Engagement wird gern gesehen! /



1919
16. Februar:
Nationalratswahlen
 Einzug der ersten acht
 Frauen ins Parlament
 Anna Boschek
 Hildegard Burjan
 Emmy Freundlich
 Adelheid Popp
 Gabriele Proft
 Therese Schlesinger
 Amalie Seidel
 Maria Tusch